H-Net Reviews
in the Humanities & Social Sciences

Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur: Forschungsstand – Forschungskontroversen – Forschungsdesiderate. Johannes Hürter, Institut für Zeitgeschichte München–Berlin; Michael Mayer, Akademie für politische Bildung Tutzing, 21.06.2013-23.06.2013.

Reviewed by Mathias Irlinger

Published on H-Soz-u-Kult (September, 2013)

Ende Oktober 2010 publizierte die unter Außenminister Joschka Fischer beauftragte unabhängige Historikerkommission ihre viel beachtete Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ zur Geschichte des Auswärtigen Amts im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik. Eckart Conze / Norbert Frei / Peter Hayes / Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010. Die öffentlichen Reaktionen reichten von positiven Würdigungen bis hin zu scharfer Kritik an der Studie und am Vorgehen der Kommission. Die Debatte wurde sehr gut zusammengefasst von Christian Mentel, Mit Zorn und Eifer: Die Debatte um „Das Amt und die Vergangenheit“. Teil 1 – Die Pressedebatte, in: Zeitgeschichte-online, <http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/mit-zorn-und-eifer-die-debatte-um-das-amt-und-die-vergangenheit-pressedebatte> (10.07.2013). Eine fachwissenschaftliche Diskussion blieb jedoch weitgehend aus, vielmehr verharrte die Debatte ohne Erkenntnisfortschritt auf teilweise polemischem Niveau. Dieses Desiderat nahmen die beiden Organisatoren MICHAEL MAYER (Tutzing) und JOHANNES HÜRTER (München) zum Anlass und luden Kommissionsmitglieder, Kritiker/innen und Befürworter/innen zur Tagung ein, um mit Bezug auf die Diskussion um „Das Amt“ herauszuarbeiten, was gesicherter Forschungsstand ist, was kontrovers ist und wo noch Forschungslücken bestehen.

Im Mittelpunkt der ersten Sektion stand das Personal des Auswärtigen Amts. MARTIN KRÖGER (Berlin) verwies darauf, dass die Studie „Das Amt“ die Gesamtzahl der Mitarbeiter für 1943 mit 6.458 beziffert. Conze u.a., Amt, S.128, 152. Dieser Wert, so Kröger, kursiere seit den 1950er Jahren, sei aber nicht durch Quellen gesichert. Zwar sei ein Personalanstieg vor allem mit Kriegsbeginn 1939 feststellbar, jedoch sei unklar, auf welchen Hierarchiestufen sich dieser vollzog. Die qualitativ entscheidende Gruppe der Beamten im Höheren Dienst sei schon vor 1938 und somit vor der Berufung Ribbentrops zum Außenminister angewachsen. Der Anteil der NSDAP-Mitglieder sei, anders als bisher oft vermutet, im Höheren Dienst größer als im Mittleren Dienst gewesen.

Nicht die Gesamtzahl, sondern drei Spitzenbeamte des Auswärtigen Amts – Bernhard von Bülow, Friedrich Gaus und Hans Heinrich Dieckhoff – standen im Fokus des Vortrags von ANNETTE SCHMIDT-KLÜGMANN (Marburg). Alle drei wurden zwischen 1881 und 1885 geboren und traten vor dem Ersten Weltkrieg in den Dienst des Amts ein. Sie unterschätzten die Nationalsozialisten 1933 als reines Übergangsphänomen. Trotz persönlicher Distanz schirmten sie die nationalsozialistische Innenpolitik im Ausland ab. Schmidt-Klügmann wies an außenpolitischen Wegmarken

nach, dass die Spitze des Amts zunächst versucht habe, eine eigene Linie zu verfolgen, sich jedoch immer mehr den Methoden Hitlers angeglichen und so der NS-Gewaltpolitik Vorschub geleistet habe.

Auf die Kontinuität der Personalpolitik des Auswärtigen Amts zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus verwies auch LARS LÜDICKE (Potsdam). Drei Viertel der am 30. Januar 1933 tätigen Mitarbeiter hätten bereits vor 1918 ihren Dienst angetreten und ein obrigkeitsstaatliches Ideal verkörpert. Den Parteieintritt zahlreicher Beamter führte Lüdicke auf verschiedene Motive zurück; nur Wenige seien jedoch überzeugte Nationalsozialisten gewesen. Die Berufsdiplomaten seien auch nach dem Amtsantritt Ribbentrops weiter in der Überzahl geblieben. Erst im Krieg hätten sich die traditionellen Karrierewege aufgelöst und mehr Quereinsteiger seien ins Auswärtige Amt gekommen.

Nach 1945 standen aus dem Personal namentlich die wenigen Widerständler/innen im Mittelpunkt der Erinnerung an die eigene Vergangenheit, wie RAINER BLASIUS (Frankfurt am Main) veranschaulichte. Ernst von Weizsäcker sei, trotz seiner Verurteilung in Nürnberg, zum Widerständler stilisiert worden. Kurz nach Neugründung des Auswärtigen Amts 1951 wurden Listen von Mitarbeitern erstellt, denen bei Feierlichkeiten und mittels einer 1961 angebrachten Tafel im Eingangsbereich gedacht wurde. Die Auswahl der Personen sei nicht ohne Reibungen und Pannen verlaufen. Während kommunistischen Widerständlern wie Rudolf von Scheliha lange jegliche Ehrung verwehrt blieb, habe sich der ehemalige Leiter der Abteilung Deutschland Martin Luther aus Unwissenheit auf einer internen Liste mit Namen ehemals verfolgter Mitarbeiter befunden.

GEORGES-HENRI SOUTOU (Paris) untersuchte in vergleichender Perspektive das Verhalten von Diplomaten im nationalsozialistischen Deutschland und in Vichy-Frankreich. Trotz der unterschiedlichen außenpolitischen Ausgangslagen arbeitete Soutou zahlreiche Gemeinsamkeiten, wie die Herkunft aus vergleichbaren elitären Schichten, heraus. Die französischen Diplomaten hätten jedoch durch den Übertritt zum Freien Frankreich de Gaulles wesentlich einfacher in den Widerstand wechseln können, sogar ohne Gehaltsverzicht. Trotz mangelnder Forschung ging Soutou davon aus, dass auch die französischen Diplomaten an den Deportationen beteiligt gewesen seien. Für Heiterkeit sorgte er mit seinem Hinweis, dass eine Studie wie „Das Amt“ in Frankreich wohl nie in Auftrag gegeben werde.

Die Außenpolitik als Kernaufgabe des Auswärtigen Amts stand im Mittelpunkt der zweiten Sektion. Sektionsleiter JOHANNES HÜRTER betonte einleitend, dass eine Bewertung des Amts im „Dritten Reich“ nur möglich sei, wenn neue und alte Aufgabenfelder der Außenpolitik gemeinsam betrachtet werden würden.

Keine Epoche der deutschen Außenpolitik sei so gut erforscht wie die Zeit zwischen 1933 und 1939, konstatierte MARIE-LUISE RECKER (Frankfurt am Main). Im Vordergrund habe anfangs die Frage gestanden, wie es dem NS-Regime gelang, die internationalen Ordnungssysteme zu durchbrechen und das Deutsche Reich zu einer prädominanten Position auf dem Kontinent zu führen. Die Forschung zu den Spitzenbeamten lasse erkennen, dass niemand der Außenpolitik maßgeblich seinen Stempel aufdrücken konnte. Recker zeichnete die Forschungslage und Forschungsperspektiven nach und wies darauf hin, dass der Zeitraum 1939 bis 1945 bisher in geringerem Maße im Blickpunkt stand. Zudem machte sie auf das Desiderat kulturgeschichtlicher Arbeiten aufmerksam.

Der ersten Phase und somit dem Weg in den Krieg widmete sich WOLFGANG MICHALKA (Darmstadt). Das zentrale Anliegen in der Außenpolitik, die Revision des Versailler Vertrags, sei bis 1936 weiterverfolgt worden. Hier hätten sich die Ziele des Auswärtigen Amts mit denen Hitlers gedeckt. Das Jahr 1937 habe die Wende zur aktiven

Revisions- und Eroberungspolitik eingeleitet. Michalka machte deutlich, dass Hitler in der Außenpolitik die Marschrichtung vorgab und seinen Plan mit dem Ziel einer rassenideologisch begründeten Weltherrschaft opportunistisch umzusetzen versuchte. Er habe jedoch Helfer gebraucht und dort ansetzten müssen, wo seine Vorgänger aufhörten. Daher falle es schwer, zwischen traditioneller und neuer Politik zu unterscheiden.

In der Chronologie fortschreitend betrachtete MICHAEL JONAS (Hamburg) das Auswärtige Amt im Zweiten Weltkrieg. Er konzentrierte sich dabei auf Nordeuropa. An diesem kleinen Raum zeigte er unterschiedliche Modi der Bündnis- und Außen- sowie der Besatzungspolitik. Das Auswärtige Amt sei in stark unterschiedlichem Maße darin eingebunden gewesen. Dabei hätten verschiedene Modellvorstellungen zwischen wilhelminisch geprägter Großmachtpolitik und neuer völkischer Raumordnung miteinander konkurriert. Nordeuropa zeige, so Jonas abschließend, die Ambivalenz des deutschen Vorgehens, das oft von Hitlers Launen geprägt worden sei.

Das Auswärtige Amt und der Holocaust war Thema der dritten Sektion, die MAGNUS BRECHTKEN (München) eröffnete. Er betrachtete das Verhältnis von Auswärtigem Amt und Reichssicherheitshauptamt und skizzierte ein Wechselspiel von Vorschlägen zur Judenpolitik aus beiden Institutionen vor 1939. Das Auswärtige Amt habe sich zwar stetig in der Judenfrage engagiert, im Gesamtbild mit dem Reichssicherheitshauptamt wirke dies jedoch nur als das Bemühen, nicht den Anschluss zu verlieren. Brechtken hob zum Schluss zwei Punkte deutlich hervor: Zum einen müsse die chronologische Abfolge des Radikalisierungsprozesses genau beachtet werden. Zum anderen müsse die Interaktion mit anderen Institutionen analysiert werden, um den tatsächlichen Einfluss des Amts auf politische Entscheidungen herausarbeiten zu können.

MICHAEL MAYER (Tutzing) konzentrierte sich auf die Deutsche Botschaft in Paris. Die Rassengesetzgebung in Frankreich sei im Sommer 1940 maßgeblich vom deutschen Botschafter Otto Abetz in Absprache mit der Militärverwaltung, aber nicht mit dem Reichssicherheitshauptamt, wie in „Das Amt“ behauptet werde, vorangetrieben und umgesetzt worden. Insgesamt sei die Botschaft stärker in die „Judenpolitik“ involviert gewesen als die deutschen Vertretungen in anderen Ländern. Doch bei der Deportation von Juden habe sie keine entscheidende Rolle gespielt. Als Fazit hielt Mayer fest, dass die Deutsche Botschaft in Paris zwar eng mit dem Reichssicherheitshauptamt zusammengearbeitet habe, dabei jedoch eher den klassischen Segregationsantisemitismus der Ministerialbürokratie als die totale Endlösung verfolgt habe, obwohl das Spitzenpersonal aus NS-Aufsteigern bestanden habe. Dennoch dürfe die Rolle der Diplomaten nicht verharmlost werden.

Den von Mayer angesprochenen Fehlern in der Studie „Das Amt“ entgegnete Kommissionsmitglied MOSHE ZIMMERMANN (Jerusalem), die Kritik an einigen Details sei zwar richtig, berühre die Grundthese des Werks aber nicht. Er betonte, dass der Holocaust im Mittelpunkt einer Betrachtung zum „Dritten Reich“ stehen müsse. Versuche, dies zu kritisieren, dienten dem Ziel, die deutsche Geschichte zu rehabilitieren. Das Auswärtige Amt sei zwar kein Haupttäter gewesen, aber als Repräsentant der gehobenen bürgerlichen Elite von Interesse. Der State of Mind im Auswärtigen Amt habe, wie Zimmermann mehrmals hervorhob, eine radikale Lösung der „Judenfrage“ befürwortet. Diese sei von den Mitarbeitern nicht nur mitgetragen, sondern durch das Abschirmen des Vorgehens gegen die Juden aktiv gefördert worden. Sie hätten durch interne Berichte und Informationen aus dem Ausland bestens Bescheid gewusst und trotzdem mitgemacht.

SEBASTIAN WEITKAMP (Esterwegen) thematisierte die Mitwirkung des Auswärtigen Amts bei der Durchsetzung der NS-Gewaltpolitik abseits des Holocausts. Nach 1939 hätten die Unterstüt-

zung der Kriegsführung, die Propagandakampagnen im Ausland und die Verschleierung von Verbrechen die klassischen Aufgabenfelder der Außenpolitik zurückgedrängt. Das Amt sei im Krieg vom Partner zum Komplizen der NS-Gewaltpolitik geworden. Dies zeigte Weitkamp am Vorgehen gegen unliebsame Amtsangehörige und an der völkerrechtswidrigen Erschießung des französischen Generals Maurice Mesny. Das Auswärtige Amt habe zwar keine Exekutiv-Gewalt gehabt, habe aber beratend an den Verbrechen mitgewirkt und diese nach außen abgeschirmt.

Sebastian Weitkamp verlas zudem den Vortrag von HANS-JÜRGEN DÖSCHER (Osnabrück), der am Beispiel des Adjutanten Ribbentrops Bernd Gottfriedsen den Lebensweg eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amts nach 1945 vorführte. Persönlich und politisch motivierte Protektion seien die Basis für Gottfriedsens Karriere im Amt gewesen. 1952 habe Gottfriedsen erfolglos die Wiederaufnahme in den Auswärtigen Dienst gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes beantragt. Trotzdem habe er als Lehrer Karriere gemacht, ohne dass Informationen über seine Vergangenheit eingeholt worden waren. Gottfriedsen sei ein Beispiel für die so genannten „131er“, die noch immer ein Desiderat in der Forschung seien.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion, bei der sich Kommissionsmitglieder und Kritiker gegenüber saßen, standen das persönliche Erleben, der Nutzen und die rückwirkende Einordnung der Debatte um „Das Amt“ im Vordergrund. Die Moderation übernahm MICHAEL MAYER. Er hielt eingangs als Tagungsresümee fest, dass die grundsätzlichen Fragen – ob das Auswärtige Amt zentral am Entscheidungsfindungsprozess zum Holocaust beteiligt gewesen sei, ob es Initiativen des Amts gegeben habe, die den Holocaust entscheidend vorantrieben, und ob zwischen Auswärtigem Amt und Reichssicherheitshauptamt ein Verhältnis auf Augenhöhe bestanden habe – als Ergebnis der Konferenz nunmehr mit „Nein“ beantwortet werden könnten. Die Kommissionsmitglieder ECKART CONZE (Marburg) und MOSHE ZIMMERMANN (Jerusalem) wollten ihm jedoch nicht uneingeschränkt zustimmen. Vielmehr hob Conze die Wirkungen der Studie hervor, die Eingang in die Traditionsbildung des Auswärtigen Amts gefunden und neue Untersuchungen zu Institutionen im „Dritten Reich“ angestoßen habe. JOHANNES HÜRTER (München) gab zu bedenken, dass dies nicht allein das Verdienst der Studie, sondern auch der Debatte sei. Als bitterer Nachgeschmack bleibe für ihn eine defizitäre Streitkultur zwischen Historiker/innen. Seine streng am Inhalt des Buches ausgerichtete Kritik sei von den Kommissionsmitgliedern mit haltlosen Unterstellungen und politischen Verdächtigungen beantwortet worden. ZIMMERMANN erwiderte, dass Historiker in einer öffentlich aufgeladenen Debatte eine Performance spielen müssten, die von der persönlichen Ebene zu trennen sei. Ferner müsse die Geschichtswissenschaft die Öffentlichkeit immer wieder wach rütteln, was rechtfertige, dass bekannte, aber vergessene Dokumente wie die Reisekostenabrechnung Franz Rademachers wieder hervorgeholt werden. CONZE meinte, dass sich die politische und die wissenschaftliche Debatte vermischt hätten. Sie solle nicht wiederholt werden, sondern es müsse nun vorangehen. Die Konzentration der Studie „Das Amt“ auf den Holocaust führte er auf den Forschungsauftrag zurück. Dies wollte HANS MOMMSEN (Feldafing) nicht gelten lassen. Die historische Forschung dürfe sich ihre Agenda nicht zu stark von staatlichen Auftraggebern und deren Erwartungshaltungen diktieren lassen. Auch die Historikerkommission der Studie „Das Amt“ hätte ihren Auftrag viel eigenständiger und souveräner interpretieren müssen.

Wer einen offenen Schlagabtausch erwartet hatte, was nie Ziel der Tagung war, wurde anfangs enttäuscht. Nur wenige Vorträge nahmen direkt Bezug auf die Studie „Das Amt“. Rainer Blasius, der in seinen Artikeln in der FAZ scharfe Kritik übte, stimmte in seinem Vortrag deutlich ruhigere Töne an. Auch die Kommissionsmitglieder

wiederholten einige ihrer These nicht, rückten teilweise sogar von ihnen ab. Erst in der dritten Sektion und in der Podiumsdiskussion flammte die Debatte auf, wo Michael Mayer oft den Spagat zwischen Moderator und Diskutant wagen musste. Dennoch war die Tagung ein Erfolg in vielerlei Hinsicht. So führte sie die Kontrahent/innen an einen Tisch und ermöglichte erstmals eine der Geschichtswissenschaft würdige fachliche Diskussion, durch die die Ergebnisse der Studie in neue Erkenntnisse eingebettet wurden. Der angekündigte Tagungsband darf also mit Spannung erwartet werden. Nicht zuletzt zeigte die Konferenz offene Kontroversen und Desiderate auf, die von den zahlreichen Zuhörer/innen, unter denen sich viele Doktorand/innen befanden, aufmerksam zur Kenntnis genommen wurden. Es ist also davon auszugehen, dass die Wirkung der Tagung weit über das Konferenzende hinausreichen wird.

Konferenzübersicht:

Begrüßung und Einführung

Johannes Hürter (München) und Michael Mayer (Tutzing)

Sektion I: Das Personal des Auswärtigen Amts: Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Moderation: Wolfgang Michalka (Darmstadt)

Martin Kröger (Berlin): Personalstruktur und Personalentwicklung im Mittleren und Höheren Dienst

Annette Schmidt-Klügmann (Marburg): Bernhard von Bülow, Friedrich Gaus, Hans Heinrich Dieckhoff. Die Amtsleitung zwischen Kontinuität und Anpassung

Lars Lüdicke (Potsdam): Die Personalpolitik der Minister Neurath und Ribbentrop

Rainer Blasius (Frankfurt am Main): Der 20. Juli in der Erinnerungspolitik des Auswärtigen Amts

Abendvortrag

Georges-Henri Soutou (Paris): Amt und Verantwortung: Diplomaten in Deutschland und Frankreich 1933-1945

Sektion II: Das außenpolitische Kerngeschäft des Auswärtigen Amts

Moderation: Johannes Hürter (München)/Lars Lüdicke (Potsdam)

Marie-Luise Recker (Frankfurt am Main): Die Außenpolitik des Auswärtigen Amts – Ergebnisse, Probleme und Perspektiven der Forschung

Wolfgang Michalka (Darmstadt): Das Auswärtige Amt und der Weg in den Krieg

Michael Jonas (Hamburg): Die Nordeuropapolitik des Auswärtigen Amts im Zweiten Weltkrieg

Sektion III: Das Auswärtige Amt und die NS-Verbrechen

Moderation: Marie-Luise Recker (Frankfurt am Main)/Magnus Brechtken (München)

Magnus Brechtken (München): Das Auswärtige Amt und das Reichssicherheitshauptamt

Michael Mayer (Tutzing): Die Deutsche Botschaft Paris und die NS-Unrechtspolitik im besetzten Frankreich

Moshe Zimmermann (Jerusalem): Das Auswärtige Amt und der Holocaust

Sebastian Weitkamp (Esterwegen): Die Unterstützung des Auswärtigen Amts bei der Durchsetzung der NS-Gewaltpolitik abseits des Holocaust

Abendvortrag

Hans-Jürgen Döscher (Osnabrück): Neue Forschungen zum Auswärtigen Amt vor dem Hintergrund älterer Befunde

Podiumsdiskussion: Vom Nutzen und Nachteil eines Historikerstreits: Was bleibt von der Debatte über „Das Amt“?

Moderation: Michael Mayer (Tutzing)

Podiumsteilnehmer: Eckart Conze (Marburg), Moshe Zimmermann (Jerusalem), Johannes Hürter (München), Hans Mommsen (Feldafing)

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/

Citation: Mathias Irlinger. Review of *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur: Forschungsstand – Forschungskontroversen – Forschungsdesiderate.* H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. September, 2013.

URL: https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=40002

This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.